

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Dr. Carlheinz Moesta MdL,
Medienpolitischer Sprecher
und Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Landtags-
fraktion Rheinland-Pfalz,
bewertet die Bonner Verkabelungspolitik: Aufschub für den Offenbarungseid.
Seite 1

Horst Sielaff MdB verurteilt die Behörden-Ignoranz gegenüber Nazi-Postkarten: „Führer“-Kult im Berchtesgadener Land.
Seite 3

Erich Wolfram MdB, Obmann der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, erhebt Vorwürfe gegen die Energiepolitik der Bundesregierung: Kohle-Politik programmiert Zechen-Sterben.
Seite 4

Helmut Rohde MdB fragt nach der Verstrickung der Bundesrepublik in den internationalen Waffen-Export: Rüstungsgüter für Südostasien?
Seite 6

40. Jahrgang / 173

11. September 1985

Aufschub für den Offenbarungseid

Auch die Mieter werden die Verkabelungspolitik nicht retten

Von Dr. Carlheinz Moesta MdL
Medienpolitischer Sprecher und Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Auf der Jagd nach dem Bürger, der die Privatfunkangebote der CDU nicht nur sehen, sondern auch bezahlen will, hat der Bundespostminister einen neuen Haken geschlagen. Die revidierte Gebührenordnung der Post, die den Kabelteilnehmer im Einfamilienhaus mit einem „Bußgeld“ belegen, den Nachbarn im Wohnblock aber einen Discountpreis einräumen will, ist der verzweifelte Versuch, den fälligen Offenbarungseid weiter hinauszuschieben. Herr Schwarz-Schilling ist offenbar zu vielem fähig, bloß nicht zu dem Eingeständnis, daß die im Ansatz verfehlte Verkabelungspolitik seiner Partei am Bürger gescheitert ist.

Es war von vornherein falsch, aus politischen Gründen auf die Verkabelung der Privathaushalte zu setzen, um mehr Fernsehen transportieren zu können. Es hätte demgegenüber einen Sinn gemacht, bei der Verkabelung vorrangig die Kommunikationsbedürfnisse der Wirtschaft zu befriedigen.

Auch die neue Gebührenordnung wird den in die Milliarden gehenden Schaden der forcierten Privatverkabelung nur mindern können. Allenfalls die Hälfte der Kosten eines Kabelanschlusses wird künftig gedeckt sein, vorausgesetzt, die Mieter in Mehrfamilienhäusern werden jetzt vom Kabelieber befallen, gegen das sie bislang bemerkenswert resistent gewesen

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erweitert durch
multimediale Redaktionen
Recycling-Paper



sind. Der derzeitige Kostendeckungsgrad macht gerade ein Fünftel aus. Wenn also ein Kabelanschluß bei der Post Kosten von rund 1.500 DM verursacht, müßten in Zukunft auch im bestmöglichen Fall 750 DM subventioniert werden. Wenn sich der Mainzer CDU-Fraktionsvorsitzende Hans-Otto Wilhelm als Anwalt der Eigenheimbesitzer gegen seinen Postminister in die Brust wirft, ist dies freilich billige Effekthascherei, denn die ungedeckten Kosten der Verkabelung müssen nach wie vor vom Telefontkunden finanziert werden, mag er Hausbesitzer oder Mieter sein.

Der neuerliche Coup des Postministers offenbart allerdings, daß das Gerede der CDU von den angeblich gleichen Entwicklungschancen für Stadt und Land jetzt auch von den eigenen Parteigängern nicht mehr ernstgenommen wird. Wenn Schwarz-Schilling nicht zurückgepfiffen werden kann, werden die „gespreizten“ Gebühren zur Konzentration der Verkabelung auf die Ballungsräume führen, den Abstand zwischen den Stadtlandschaften und den ländlichen Räumen vergrößern und ein Informations- und Kommunikationsgefälle zwischen Stadt und Land entstehen lassen. Und all dies würde finanziert aus dem Gebührenaufkommen der Post.

Im übrigen bleibt festzuhalten: Schwarz-Schilling, ein als Staatsmann verkleideter Glücksspieler, ist drauf und dran, die Post auf das Niveau der Bahn zu bringen. Die Furcht, die finanzielle Gesundheit des gelben Riesen könnte einer kranken Ideologie geopfert werden, beschleicht längst nicht mehr nur Sozialdemokraten und Postgewerkschafter. Daß sich jetzt auch Unionspolitiker von dem Bonner Laokoon abwenden, der sich unrettbar in seinen Kabelschlingen verfangen hat, läßt einen Rest an Hoffnung.

(-/11.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



Hitler im Berchtesgadener Land

Die Behörden wußten nichts vom schwunghaften Verkauf der „Führer“-Ansichtskarten

Von Horst Sielaff MdB

Während die Augen der konservativen Regierungskoalition strafend nach links gerichtet sind, tummeln sich im rechten Spektrum ungehindert Neonazis. Im Berchtesgadener Land auf dem „Kehlstein“, dem ehemaligen Besitz Hitlers, kann jeder frei verkäufliche Ansichtskarten erwerben, die neben dem abgebildeten Haus geübte Hakenkreuzfahnen zeigen. Auf der Rückseite der Postkarten wird erklärt, daß Hitler das Haus mit dem Erlös vom erfolgreich verkauften Buch „Mein Kampf“ finanziert hat. Ein erklärender Hinweis auf die verbrecherische Politik Hitlers fehlt hingegen gänzlich.

Auf meine Frage, ob die Bundesregierung Kenntnis von derlei Verkäufen habe und welche Maßnahmen zur Unterbindung vorgesehen seien, mußte die Bundesregierung bekennen, daß weder der Bayerische Justizminister noch das Bundesinnenministerium der Justiz über den Verkauf dieser Postkarten informiert gewesen sind. Dabei sagt der Paragraph 86a Strafgesetzbuch eindeutig, daß es verboten ist, Kennzeichen bestimmter staatsfeindlicher und verbotener Organisationen bei der Verbreitung von Schriften, zu denen auch Ansichtskarten gehören, zu verwenden. Hakenkreuze und auch die Abbildung des Hitler-Kopfes, sofern sie beim kommerziellen Feilbieten von Souvenirs und bei der reißerischen Käuferwerbung verwendet werden, unterliegen ebenfalls diesem Verbot.

Politische Werbung mit diesen Symbolen betreiben deutsche Neonazis in großem Umfang. Die Schriften und andere Symbolträger werden teils heimlich und anonym im Inland hergestellt, teils offen und unbehindert im Ausland. Allerdings unterliegen diese Aktivitäten nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Offenbar sieht der seine Aufgaben wohl eher auf dem sogenannten linken Sektor. Der Bundesregierung war daher noch nichts vom offenen Verkauf der Hitler-Haus-Postkarten bekannt. Auch die bayerische Landesregierung war ahnungslos und in völliger Unkenntnis solcher Verstöße gegen das Strafgesetz. Erst aufgrund meiner Anfrage hat sich nun die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft der Sache angenommen und Ermittlungen eingeleitet.

Es muß wohl erst ein Bundestagsabgeordneter aus der Pfalz ins Berchtesgadener Land kommen, um den überfälligen Alarm gegen diese Hitler-Beschwörung auszulösen. (11.9.1985/rs/fr)

* * *



Die Bundesregierung will weg von der Kohle

Die Bonner Politik programmiert Zechenstilllegungen und Arbeitsplatzvernichtung

Von Erich Wolfram MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Die rechtskonservative Bundesregierung hat bereits 1985 die Kohlehilfen des Bundes gegenüber 1984 um 400 Millionen DM gekürzt. Der Haushaltsansatz 1986 sieht eine weitere Kürzung um 370 Millionen DM vor.

Es ist ein Hohn, wenn die Bundesregierung da noch erklärt, daß auch mit den für 1986 veranschlagten niedrigeren Haushaltsmitteln die von ihr verfolgte Kohlepolitik verwirklicht werden kann. Die Bundesregierung kürzt vor allem die Zuschüsse für Investitionen und Innovation. Ende der 70er Jahre wurden für solche Zwecke noch mehr als 800 Millionen DM/Jahr gewährt. 1986 wollen Bund und Bergbauländer nur noch 120 Millionen DM bereitstellen. Dabei weiß jeder, daß Investitionshilfen Zuschüsse für Zukunftsinvestitionen sind. Solche Beträge fließen postwendend in Aufträge für die Bergbauzuliefererindustrie, die Stahlindustrie und andere Branchen. Eine solche konstruktive Beschäftigungspolitik wird durch die Kürzungen im Bundeshaushalt verhindert.

Aber nicht nur durch die Haushaltskürzungen demonstriert die Bundesregierung ihre Politik „Weg von der Kohle“ und „Hin zur Kernenergie“, was ja auch dadurch bewiesen wird, daß es für den „Schnellen Brüter“ bei der Regierung keine Finanzierungsprobleme gibt. Besorgniserregend ist der Stand der Verhandlungen über eine öffentliche Flankierung der zwischen Kohle und Stahl ausgehandelten Verlängerung des Hüttenvertrages bis zum Jahr 2.000. Im Haushaltsentwurf ist erkennbar, daß die Bundesregierung die Kokskohlenbeihilfen kürzt. Die wahren Absichten verschweigt die Bundesregierung.

Aber Kenner der Energie- und Kohlepolitik, vor allem die Betroffenen in der Bergbauwirtschaft wissen seit längerer Zeit, daß bereits während der bis 1988 laufenden Anpassungsrunde die Bundesregierung die nächste Stilllegungsrunde an Saar, im Aachener Revier und im Ruhrgebiet vorprogrammiert. Das sind die Konsequenzen der Vorstellungen der Bundesregierung zur Änderung des Systems der Kokskohlenbeihilfen.

Sowohl der Herr Bundeskanzler - zuletzt am 26. November 1984 auf dem IGBE-Kongreß in Dortmund - als auch der Herr Bundeswirtschaftsminister - zuletzt am 5. Juni 1985 gegenüber



dem Vorstand der Ruhrkohle AG und anschließend vor dem Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages - haben wiederholt erklärt, daß grundsätzlich auch der verlängerte Hüttenvertrag mit öffentlichen Beihilfen flankiert wird.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich längst bereit erklärt, auch in Zukunft seinen Ein-Drittel-Anteil zur Förderbeihilfe beizutragen. Die Vorstellungen der Bundesministerien unterlaufen jedoch die bisherigen positiven Äußerungen und verkehren sie ins Gegenteil. Praktisch wird die Vollversorgung der deutschen Stahlindustrie mit heimischer Kohle abgelehnt. Plafondierung der Förderbeihilfe ab 1989, keine Förderbeihilfe für Sondermaterial, bürokratische Vorschätzung des Bedarfs hinsichtlich der Liefermengen, Festschreibung der Kosten und Nichtberücksichtigung äußerer Faktoren, wie Umweltschutzanfragen, rütteln an dem bewährten System der Stabilisierung des Absatzes an die Stahlindustrie.

Dem Bergbau werden Kosten, Lasten und Risiken aufgebündelt, die er nicht tragen kann. Die Verwirklichung der Pläne der Bonner Ministerialbürokratie, die massiv auf die Unternehmen einwirkt, führt zwangsläufig zu weiteren Zechenstilllegungen und Arbeitsplatzvernichtungen schon durch die Abschaffung der Beihilfen für Lieferungen in die Länder der EG.

Völlig unabhängig davon müssen die spezifischen Verhältnisse von Saarberg, Eschweiler Bergwerksverein und Auguste Viktoria ebenfalls bei der Neuregelung berücksichtigt werden. Das gilt vor allem für den EBV mit einem fast 60prozentigen Lieferanteil von Kokskohle.

Wir Sozialdemokraten mischen uns nicht in die laufenden Verhandlungen zwischen Bundesregierung, Bergbau und Stahlindustrie ein. Aber wir werden sie aufmerksam und kritisch begleiten und verfolgen. Wir werden vor allem die Bundesregierung drängen, den Versorgungsbeitrag des Bergbaus zu erhalten und seine Arbeitsplätze zu erhalten. Die Salami-Taktik der Bundesregierung, während einer laufenden und noch nicht abgeschlossenen Stilllegungsrunde die nächste Stilllegungsrunde vorzuprogrammieren, stößt auf unseren schärfsten Widerstand. Wir Sozialdemokraten stehen ohne Wenn und Aber zur Kohlevorrangpolitik!
(-/11.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

RICHTIGSTELLUNG

Der Sprecher der CDU, Wolter von Tiesenhausen, übermittelte uns folgende Richtigstellung:

„Im Sozialdemokratischen Pressedienst Nr. 167 vom 03.09.1985, hat Dr. Lothar Böckels unter der Überschrift ‚Zeitels Niederlage‘ die Behauptung aufgestellt: ‚In der CDU traten dagegen allein 5.038 Selbständige in der ersten Jahreshälfte aus und nur 2.483 traten neu ein.‘ Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 31.12.1984 insgesamt 179.118 Selbständige, das entspricht 24,5 Prozent der Gesamtmitgliedschaft angehörten. Am 30.06.1985 waren es 179.643 Selbständige oder 25,1 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Tatsache ist also, daß sich die Zahl der Selbständigen unter den CDU-Mitgliedern in der ersten Hälfte 1985 nicht verringert, sondern im Gegenteil um 736 erhöht hat.“

Anmerkung der Redaktion: Der Autor, Dr. Lothar Böckels, stützt sich bei seinen Zahlenangaben auf einen Beitrag in der „khz-Korrespondenz“ vom 12. August 1985, der dort auf Seite 5 unter der Überschrift „Rüffel für Unions-Mittelständler“ veröffentlicht wurde. Die „khz-Korrespondenz“ wird herausgegeben von Hubertus Foester und Rotger H. Kindermann; beide gehörten bis Ende März dieses Jahres der Redaktionsleitung des „Mittelstands-Magazins“ an, das von der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU herausgegeben wird.

Waffenexport

Offensive für Südost-Asien ?

Von Helmut Rohde MdB

Die Zeitungen in Malaysia berichten, daß unter der Überschrift „Defence '86“ im nächsten Februar eine Waffenschau großen Stils für Südost-Asien stattfinden soll. 300 Waffenhersteller, so wird aus Kuala Lumpur mitgeteilt, wollen hier ihr neuestes Sortiment vorstellen: Panzer, Helicopter, Infantriwaffen, „sophisticated electronics“, modernste Waffensysteme. Das liest sich so, als ob eine neue Waffendimension für diesen Raum präsentiert werden soll.

Dieser Vorgang fordert zu Fragen an die Bundesrepublik, vor allem zur Haltung der Bundesregierung heraus:

- Trifft es zu, wie in Kuala Lumpur vermutet wird, daß die Bundesrepublik in dieser Waffenschau hinter den USA mit an der Spitze unter den 22 ausstellenden Ländern liegen wird?
- Ist diese für Südost-Asien vorbereitete Waffenschau gleichsam als Auftakt für eine neue Offensive deutschen Waffenexports gedacht?
- Und vor allem: Ist die deutsche Bundesregierung an den Vorbereitungen der deutschen Waffen-Aussteller beteiligt? Fördert sie deren Auftreten mit administrativer Hilfe oder finanziellen Mitteln?

Dies ist ein Vorgang, über den kein Grauschleier gezogen werden kann. Waffenexport ist nicht allein ein sensibler Vorgang, er ist gleichzeitig mit gravierenden politischen Konsequenzen verbunden. Das umso mehr, als sich die Anzeichen verstärken, daß sich die Bundesrepublik immer mehr in das internationale Waffengeschäft verstrickt.

{-/11.9.1985/vo-he/rs}

+ + +

